

Bürokratieabbau am falschen Ort



Das Land will Teile der Pflege der staatlichen Kontrolle entziehen. Das birgt Risiken.

Von Christian Gottschalk

Bürokratieabbau! Es gibt kein Schlagwort, mit dem sich in der Politik gerade mehr Applaus erzielen lässt. Im aufziehenden Landtagswahlkampf im Südwesten hat praktisch jede Partei den Bürokratieabbau auf dem Angebotszettel stehen. Und es ist ja auch wahr. Man kann sich schon fragen, warum persönliche Angaben in Formularen wieder und wieder abgefragt werden, auch wenn sich Name und Geburtsdatum nicht verändert haben. Warum der Staat von einem Einbürgerungswilligen wissen will, wann dessen Eltern geheiratet haben, irgendwo, Tausende von Kilometern entfernt. Ein Rätsel auch, warum Unternehmen Daten an ein Transparenzregister melden müssen, obwohl der Staat bereits über die Informationen verfügt.

Allerdings: Bürokratie hat oft auch einen Sinn. Sie kann Rechtssicherheit schaffen oder Qualitätsstandards sichern. Nicht jede Regel, die abgeschafft wird, verbessert das Leben der Bürger. Die Landesregierung ist gerade dabei, unter dem Schlagwort des Bürokratieabbaus das Leben vieler Menschen potenziell schlechter zu gestalten. Es geht um jene, die wenig Möglichkeiten haben, sich dagegen zu wehren. Um Alte, um Demente, um Menschen mit Behinderungen. Deren Pflege soll in weiten Teilen einer staatlichen Kontrolle entzogen werden.

Die Materie ist komplex. Die entsprechenden Gesetze heißen WTPG und TPQG. Das klingt wie die Bezeichnung von Weltverbänden im Boxen oder im Ringen. Dementsprechend kämpferisch geht es auch hinter den Kulissen zu. Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) versucht, das neue Gesetz für Teilhabe und Pflegequalität noch vor dem Ende seiner Amtszeit durchzuboxen. Ein breites Bündnis an Organisationen ringt darum, dies zu verhindern. Zumindest in der Form, wie es derzeit als Entwurf vorliegt.

Neben zahlreichen anderen Punkten, die für Heimbewohner hoch relevant sein können, steht der Umgang mit Pflege-Wohngemeinschaften im Mittelpunkt. Die sollen künftig nicht mehr von der Heimaufsicht kontrolliert werden. Das ist eine gute Nachricht für die Stadt- und Landkreise, bei denen die Kontrolleure angesiedelt sind. Dort gibt es viel zu tun und wenig finanzielle Mittel. Entlastung wird gerne gesehen. Daran, ob es auch für die WG-Bewohner eine gute Nachricht ist, bestehen sehr berechtigte Zweifel. Im vergangenen Jahrzehnt gab es aus Berlin Berichte, in denen ganze Stockwerke von Wohnhäusern als Pflege-WG an Demenzerkrankte vermietet wurden – ohne Kontrolle, dafür mit mafiösen Strukturen. So etwas drohe auch im Südwesten, befürchten die Kritiker.

Dabei sind Pflege-WGs mutmaßlich die Zukunft – klassische Altenheime sind es eher nicht. Mehr als jedes zweite Heim kann bundesweit nicht alle Plätze besetzen. Nicht mangels Nachfrage, sondern mangels Personal. Die Pflege-WG bietet weniger als ein Heim, aber mehr als die häusliche Pflege leisten kann. Für eine große Anzahl von Menschen, die es ganz allein nicht mehr schaffen, ist sie genau das Richtige.

Die Gefahr der geplanten Regeln besteht nicht darin, dass seriöse Heimbetreiber nun plötzlich Schindluder mit ihren Patienten betreiben. Wer bisher anständig gearbeitet hat – und das ist der ganz überwiegende Großteil jener, der auf diesem Gebiet Verantwortung trägt –, der wird dies wohl auch weiter so handhaben. Die Gefahr besteht allerdings darin, dass sich Strukturen bilden, die nicht das Wohl jener in den Mittelpunkt stellen, die Pflege und Zuwendung benötigen, sondern eigene Gewinninteressen. Der mögliche Bürokratieabbau wäre damit teuer erkauft – zu teuer.